



5 Jahre Ratssekretariat des Stadtrats von Bern: Eine Bilanz

Daniel Weber, Kommissionssekretär, Ratssekretariat Bern

Am 1. März 2001 hat der Berner Stadtrat (Legislative) auf der Grundlage von Art. 44 der Gemeindeordnung (GO) der Stadt Bern¹ die Schaffung eines verwaltungsunabhängigen Ratssekretariats beschlossen. Den entsprechenden Grundsatzentscheid hatte das Parlament im Rahmen der Totalrevision der GO auf Antrag der zuständigen Spezialkommission im November 1998 getroffen. Zuvor war die Betreuung des Parlaments Sache der Stadtkanzlei, die zugleich auch als Stabsstelle des Gemeinderats fungiert. Am 8. April 2002 konnte das Ratssekretariat nach viermonatigen Vorarbeiten und der Verabschiedung eines definitiven Pflichtenhefts und eines entsprechenden Stellenplans durch den Stadtrat seinen Betrieb aufnehmen. Es ist als verwaltungsunabhängiger Parlamentsdienst und als Stabsstelle des Stadtrats konzipiert und in der Erfüllung seiner Aufgaben nur dem Stadtrat verantwortlich. Einzig in administrativer Hinsicht ist es der Stadtkanzlei angegliedert.²

Das Ratssekretariat wird von der Politikwissenschaftlerin Annina Jegher und dem Juristen Jürg Stampfli im job-sharing mit einem Beschäftigungsgrad von je 50 Prozent geleitet. Sie wurden am 16. August 2001 vom Stadtrat gewählt. Für die Erfüllung seiner Aufgaben stehen dem Ratssekretariat 450 Stellenprozent zur Verfügung, die sich gegenwärtig sechs Mitarbeitende (neben der Ratssekretärin und dem Ratssekretär ein wissenschaftlicher Kommissionssekretär, zwei Sachbearbeiter/innen und ein Ratsweibel) teilen. Hinzu kommen rund 10 Protokollführende für stadträtliche Kommissionen und Parlament mit einem Pensum von insgesamt ca. 150 Stellenprozenten. Das Pflichtenheft, das vom Stadtrat ohne Gegenstimmen verabschiedet wurde, nennt als wichtigste Aufgaben des Ratssekretariats:

- Leitung des Ratssekretariats: Planung, Personal, Finanzen
- Fachliche Beratung und Betreuung des Stadtrats und seiner Organe: Stadtrat, Büro, Kommissionen, Fraktionspräsidentenkonferenz, Kommissionspräsidentenkonferenz

- Administrative Betreuung des Stadtrats und seiner Organe: Sitzungsmanagement, Protokollführung, Vollzug der Beschlüsse
- Grundlagenarbeit für den Stadtrat
- Öffentlichkeitsarbeit: Betreuung der Medien, Internetauftritt
- Aufbau und Bewirtschaftung der Dokumentation
- Organisation und Betreuung des Protokollwesens
- Organisation der Weibeldienste.

Mit der Auslagerung des Ratssekretariats aus der Stadtkanzlei war eine Aufstockung der personellen Ressourcen um 150 Stellenprozent verbunden. Verantwortlich dafür war in erster Linie der vom Stadtrat gewünschte deutliche Ausbau der Dienstleistungen besonders in den Bereichen Beratung, Betreuung der Kommissionen, Grundlagenenerhebung und Dokumentation. Das Parlament versprach sich von der Schaffung eines starken und verwaltungsunabhängigen Sekretariats eine bessere fachliche Unterstützung des Rats, der Kommissionen und der einzelnen Mitglieder und eine Stärkung des Stadtrats gegenüber den hauptamtlichen Exekutiv- und Verwaltungsmitgliedern. Nicht zuletzt im Hinblick auf die damals bevorstehende Einführung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung in der Stadtverwaltung Bern (Neue Stadtverwaltung Bern NSB) wurde die Unterstützung durch ein professionelles Ratssekretariat als Voraussetzung dafür erachtet, dass das Parlament seine Aufgabe im Milizsystem angemessen wahrnehmen kann.

Parallel zur fachlichen und personellen Trennung von der Stadtverwaltung wurde auch die räumliche Auslagerung des Ratssekretariats aus der Stadtkanzlei vollzogen. Das Sekretariat zog ins Morellhaus in der unteren Altstadt ein, das in unmittelbarer Nähe des Rathauses (Tagungsorts des Parlaments) liegt und eigens für die künftige Nutzung renoviert wurde. Den Mitarbeitenden stehen vier Büros zur Verfügung, hinzu kommen ein Dokumentationsraum mit zwei Arbeitsplätzen für Stadtratsmit-

glieder und externe Protokollführer/innen, ein Sitzungszimmer für die vorberatenden Kommissionen, eine kleine Cafeteria und ein Versandraum. Damit verfügen die Parlamentsmitglieder erstmals über eigene Arbeits- und Sitzungsräume und eine eigene Infrastruktur ausserhalb des Regierungssitzes im Erlacherhof.

Die ersten Betriebsjahre des Ratssekretariats standen im Zeichen des Aufbaus und der Umsetzung. Es galt, die Schnittstellen mit der Stadtkanzlei als Stabsstelle des Gemeinderats in Sachen Infrastruktur und Geschäftsplanung zu bereinigen und einen Modus für die künftige Zusammenarbeit zu finden (Informationsaustausch, Funktion als Bindeglied zwischen Stadt- und Gemeinderat). Inzwischen hat sich die Kooperation zwischen der Stadtkanzlei und dem Ratssekretariat eingespielt und wurde beispielsweise in Form eines regelmässigen jour fixe zwischen Ratssekretärin/Ratssekretär auf der einen und Leitung der Stadtkanzlei auf der anderen Seite institutionalisiert. Gleichzeitig wurde eine umfangreiche, thematisch gegliederte Dokumentation aufgebaut, die es den Parlamentsmitgliedern erlaubt, sich über laufende und abgeschlossene Geschäfte zu informieren. Sämtliche Sachgeschäfte werden systematisch erfasst und zusammen mit Vorträgen, Berichten und Abstimmungsbotschaften abgelegt. Darüber hinaus beinhaltet die Dokumentation Grundlagenmaterial zu unterschiedlichen Themen, das den Stadträtinnen und Stadträten zur persönlichen Nutzung zur Verfügung steht. Noch ungeklärt ist allerdings das Problem einer elektronischen Geschäftskontrolle, die den Bedürfnissen des Parlaments entspricht.³ Inhaltliche Schwerpunkte der Tätigkeit bildeten die Revision des Geschäftsreglements des Stadtrats und die Einführung des Projekts NSB (wirkungsorientierte Verwaltungsführung) mit der damit verbundenen Parlamentsreform. Im Zuge von NSB war neben der Einführung der Globalbudgetierung mit Steuerungsvorgaben auch eine Neukonzeption des Kommissionswesens vorzubereiten und zu vollziehen. Es sind drei Sachkommissionen⁴ eingeführt worden, die für die Bera-

¹ Art 44 Abs. 1 GO vom 18. April 1999 lautet: Dem Stadtrat steht zur Erfüllung seiner Aufgaben ein Ratssekretariat zur Verfügung.

² Für eine ausführliche Darstellung der Entstehung des unabhängigen Ratssekretariats vgl. den Artikel von Annina Jegher/Jürg Stampfli: Stadtrat von Bern: Rückschau auf 1 _ Jahre Ratssekretariat, in: Parlament, Nr. 3/2003, S. 20/21.

³ Gegenwärtig ist das Ratssekretariat mit der Evaluation eines neuen Ratsinformationssystems (RIS) beauftragt, das eine zeitgemässe elektronische Geschäftskontrolle ermöglichen soll.

⁴ Kommission für Finanzen, Personal, Kultur und Öffentliche Sicherheit (FKÖ), Kommission für Soziale Sicherheit und Bildung, Umwelt und Integration (SBU) und Kommission für Planung, Bau und Verkehr (PBV).



tung der Produktgruppen-Budgets ihrer jeweiligen Direktionen bzw. Dienststellen sowie für die Vorberatung sämtlicher Sachgeschäfte zuständig sind. Zudem wurden GPK und FIKO zur Budget- und Aufsichtskommission (BAK) umgestaltet. Ihre Hauptaufgaben sind die Gesamtbeurteilung von Budget und Jahresbericht sowie die Verwaltungskontrolle. Hierzu wurde sie mit wesentlich griffigeren Kontrollmöglichkeiten ausgestattet als früher die GPK.⁵

Aufgrund der Regierungs- und Verwaltungsreform (Reduktion von sieben auf fünf Direktionen) musste das Kommissionswesen bereits 2004 erneut angepasst werden. Auf den 1. Januar 2005 wurden die bestehenden drei Sachkommissionen umgewandelt und den fünf neu formierten Direktionen angepasst.⁶ Parallel dazu wurden Vorschläge zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den vier Kommissionen erarbeitet und umgesetzt. 2006 ist eine so genannte Kommissionspräsidenten-Konferenz eingeführt worden, die vom Stadtratspräsidenten geleitet wird und zu einer besseren Koordination der Kommissionstätigkeit insbesondere im Budgetierungsprozess und bei der Beratung des Jahresberichts beitragen soll. Die Zusammenarbeit von Sachkommissionen und BAK und der Ablauf von Budgetierung und Reporting wurden auch im Rahmen der Evaluation von NSB thematisiert, die 2006 von einer externen Firma im Auftrag des Stadtrats durchgeführt wurde. Das Ratssekretariat hat die Evaluation und den gesamten Umsetzungsprozess gemeinsam mit der parlamentarischen Umsetzungscommission NSB begleitet und fachlich unterstützt. Nun liegen die ersten Ergebnisse vor und man kann davon ausgehen, dass Änderungen in der Umsetzung von NSB erfolgen werden.

Versucht man abschliessend eine Bilanz zu ziehen nach 5 Jahren Ratssekretariat, dann ist grundsätzlich festzuhalten, dass die fachliche Beratung der Stadtratsmitglieder und der Kommissionen dank dem Aufbau eines verwaltungs- und regierungsunabhängigen Ratssekretariats mit eigenen Ressourcen und eigener Infrastruktur qualitativ verbessert werden konnte. Dies ermöglicht den Parlamentsmitgliedern, verlässlichere Entscheidungsgrundlagen zu erarbeiten und erhöht die Qualität des politischen Meinungsbildungsprozesses. Zugleich hat die Schaffung des verwaltungsunabhängigen Ratssekretariats zu einer deutlicheren Trennung von Exekutive und Legislative geführt, was hinsichtlich der Gewaltenteilung in jedem Fall zu begrüssen ist. Dass mit dieser Trennung

neue Schnittstellen entstanden, war nicht zu vermeiden. Diese wurden jedoch erkannt und wo nötig und möglich entschärft.

Insgesamt hat das unabhängige Ratssekretariat zur Stärkung des Parlaments gegenüber den übrigen politischen Akteuren beigetragen und es dem Stadtrat ermöglicht, seine Aufsichtsfunktion gegenüber Regierung und Verwaltung besser wahrzunehmen. Es ist heute kaum mehr vorstellbar, wie die stadträtlichen Kommissionen ihre Arbeit ohne Unterstützung des Sekretariats machen sollten; die Kommissionssekretariate führen beispielsweise interne Pendenzenlisten, was früher nicht möglich war, da Einladung und Protokoll von der Stadtkanzlei erstellt wurden. Zudem werden an den Sitzungen interne Traktanden ohne Anwesenheit des Gemeinderats diskutiert. Daneben gibt es weitere Hinweise darauf, dass der Stadtrat selbstbewusster, unabhängiger und handlungsfähiger auftritt: 2003 wurde erstmals eine Parlamentarische Untersuchungskommission eingesetzt, die den Gemeinderatsentscheid betreffend Neuunterstellung der Stadtpolizei unter eine andere Direktion und die Verwaltungsführung durch den ehemaligen Polizeidirektor kritisch untersuchte. Zum ersten Mal wurden auch Sondersessionen durchgeführt (2002 zum Thema Agglomeration und 2005 zum Thema Kultur) und 2004 setzte der Stadtrat mit der Agglomerationskommission eine neue Kommission für die Legislatur 2005-08 ein, die sich mit der Agglomerationspolitik aus parlamentarischer Sicht befassen soll.

Im vergangenen Jahr schliesslich wurde eine interfraktionelle Parlamentarische Initiative betreffend Transparenz von Kaderlöhnen und Entschädigungen für die Verwaltungsratsmitglieder in den ausgelagerten Betrieben Stadtbauten, BERNMOBIL und Energie Wasser Bern (ewb) erfolgreich umgesetzt: auf den 1. Januar 2007 traten die revidierten Reglemente der ausgelagerten Betriebe in Kraft und garantieren dem Stadtrat und der BAK regelmässige und weitgehende Informationen über den Geschäftsgang der Betriebe und insbesondere über die Höhe der ausbezahlten Löhne und Honorare. Parallel dazu liess die BAK eine Studie zur Auslagerung von öffentlichen Auflagen ausarbeiten, in dem die Kompetenzverteilung zwischen Stadtrat, Gemeinderat und den ausgelagerten Betrieben Stadtbauten, BERNMOBIL und ewb einer gründlichen Analyse unterzogen wurde. Die Ergebnisse der periodisch durchgeführten Zufriedenheitsumfrage zeigen, dass die Parlamentsmitglieder mit den Dienstleistungen des Ratssekretariats zufrieden sind.

⁵ Die BAK kann nach vorgängiger Orientierung des zuständigen Gemeinderatsmitglieds jede Person aus der Stadtverwaltung selber anhören und in Akten Einsicht nehmen, die dem Amtsgeheimnis unterstehen. Vgl. dazu Art. 72 a und b der GO vom 18. April 1999.

⁶ Die neuen Kommissionen heissen: Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS), Kommission für Finanzen, Sicherheit und Umwelt (FSU) sowie Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK).